

Die Armut im Alter

Immer mehr Senioren auf staatliche Unterstützung angewiesen – Zahl in Lüneburg steigt überdurchschnittlich

us Lüneburg. Die beiden Frauen sind den Weg von Kaltenmoor zur Lüneburger Tafel am Schnellenberger Weg zu Fuß gegangen. Das Geld für den Bus haben sie nicht übrig. Beide kommen zwei Mal pro Woche hierher, stellen sich bei jedem Wetter in der langen Schlange vor dem Gebäude an und warten, bis ihre Nummer dran ist und sie in dem kleinen „Lebensmittelladen“ den Bedarf für die nächsten Tage decken können. „Wenn ich die Tafel nicht hätte, könnte ich mir manch anderes nicht leisten“, sagt eine der beiden Frauen. Ihre Kinder will sie mit ihren Problemen nicht belästigen. Auch ihren Namen möchte sie nicht sagen, die eigenen Geldsorgen sind ihr spürbar unangenehm. Marina Kroll, die seit vielen Jahren die Lüneburger Tafel leitet, kennt das. „Rentner schweigen mehr“, sagt sie und meint damit, dass sie im Gegensatz zu vielen Jüngeren kaum über ihre persönliche Situation sprechen. „Meist aus Scham.“ So wie den beiden Frauen aus Kaltenmoor geht es immer mehr älteren Menschen, deren Rente für den Lebensunterhalt nicht reicht. Steigende Mieten und Energiekosten können von den meist mageren Rentnerhöhungen oft nicht aufgefangen werden. Die Folge: Immer mehr Rentner sind von Altersarmut betroffen und auf Grundsicherung angewiesen.

■ Meistens sind Frauen betroffen ■

Bundesweit bezogen Ende 2012 knapp 465 000 Personen über 65 Jahre Leistungen aus der Grundsicherung, ein Anstieg von 6,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In Lüneburg war der Anstieg noch höher: Hier gab es 546 Leistungsempfänger, 10,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor und knapp 30 Prozent mehr als noch 2007. „Meist sind es Frauen, die davon betroffen sind“, weiß Jens Rumpel, Bereichsleiter Soziale Hilfen bei der Stadt Lüneburg. „Ihre Rente allein ist in der Regel zu gering, um nur davon leben zu können.“ Diese bittere Erfahrung



Wenn die Rente zum Leben nicht reicht, springt der Staat mit der Grundsicherung ein.

Foto: dpa

machten sie oft dann, wenn der Lebenspartner stirbt – und dann auch dessen Rente wegfällt.

Damit das Alter nicht zur Armutsfalle wird, wurde 2003 die „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ eingeführt. Zwar gehört sie zum Leistungsbereich der Sozialhilfe, doch anders als bei Sozialhilfeempfängern wird bei der Grundsicherung nicht auf das Einkommen der Kinder zurückgegriffen. Dies hatte viele Anspruchsberechtigte bislang davon abgehalten hat, ihre Ansprüche auch tatsächlich geltend zu machen. „Die Sorge, das Sozialamt könnte sich bei den eigenen Kindern schadlos halten, war für viele eine große Hemmschwelle“, sagt Rumpel. Auch die Befürchtung, kleine Ersparnisse und Rücklagen – beispielsweise für die eigene Bezahlung – könnten angerechnet werden, schreckten oftmals ab. „Diese Sorgen sind seit Einführung der Grundsicherung in der Regel unbegründet“, verdeutlicht Rumpel. „Es gibt einen Vermögensfreibetrag, gut Schonbetrag genannt, in Höhe von 2600 Euro. Und auch auf das Einkommen der Kinder wird erst zurückgegriffen, wenn es 100 000 Euro übersteigt.“

Scham, Unkenntnis, mangelnde Beratung, zu große Entfernung zu den Ämtern – die Liste der Gründe, die dazu führen, dass Ältere versuchen, auch unterhalb der Armutsgrenze durchs Leben zu kommen, ist lang. Ihren Alltag bewältigen sie, indem Dinge, die nicht zwingend lebensnotwendig sind, auch nicht gekauft, Reparaturen in der Wohnung verzögert oder Besucher nicht mehr eingeladen werden. Studien zufolge liegt die Dunkelziffer der verdeckten oder „verschämten“ Armut, wie sie auch genannt wird, bei Menschen über 65 Jahren bei etwa 70 Prozent – bei den unter 65-Jährigen beträgt sie 39 Prozent.

Um dennoch über die Runden zu kommen, gehen immer mehr Rentner arbeiten. Laut Agentur für Arbeit sind im Frühjahr vergangenen Jahres 678 000 Personen im Alter zwischen 65 und 74 Jahren einer geringfügigen Beschäftigung nachgegangen, 52 Prozent mehr als noch 2003. In Lüneburg hatten 2013 knapp 1400 Rentner einen Minijob, gut 60 Prozent mehr als 2003. „Die Zahlen sagen aber noch nichts über die Gründe aus, warum Ältere trotz Rente arbeiten gehen“, gibt Jeanette Unterberger

von der Arbeitsagentur in Lüneburg zu bedenken. Einen Anhaltspunkt gibt die Entwicklung der Rentenzahlungen: So lag der durchschnittliche Zahlbetrag in Höhe von 720 Euro pro Monat im Jahr 2012 nur knapp 10 Prozent über dem Wert von 2002.

Jens Rumpel kennt das Problem der verdeckten Armut. Zusammen mit dem Seniorenservicebüro der Stadt versucht er, ihr im Rahmen seiner Möglichkeiten entgegen zu wirken. „Wir haben ein Interesse daran, Älteren zu helfen“, sagt er. Doch nicht immer sei es einfach, diese Menschen auch zu erreichen. „Manchmal bekommen wir Hinweise von den Nachbarn“, ergänzt Edda Hermann vom

Servicebüro, „dann versuchen wir, Kontakt aufzunehmen.“ Sie und ihre Kollegen helfen beim Ausfüllen der Anträge und leiten sie auch schon mal an die Stadt weiter. Auch telefonisch stehen die Mitarbeiter vom Seniorenservicebüro für Beratung zur Verfügung. „Hilfe bieten auch die Stadtteilhäuser an, das Bonhoeffer-Haus für Rettner und Häcklingen und das Geschwister-Scholl-Haus am Bockelsberg“, sagt Edda Hermann.

Vieles laufe ohnehin über die sozialen Netzwerke, nicht immer sei deshalb die Stadt beteiligt, ergänzt Jens Rumpel. Und er weist darauf hin, dass es immer auch Ziel der Stadt sei, für einkommensschwächere Mitbürger bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. So entstehen zurzeit 35 Wohneinheiten, die mit Förderung durch das Land Niedersachsen von der Lüneburger Wohnungsbau am Standort der ehemaligen St.-Ursula-Schule an der Wallstraße errichtet werden. Bezahlbare Wohnungen für Senioren sollen außerdem im Zuge des weiteren Ausbaus des Hanseviertels entstehen. Bauherrin ist dort die Lüneburger Stiftung Hospital zum Großen Heiligen Geist.

Für die Älteren hat auch Marina Kroll ein großes Herz. Bei der Lüneburger Tafel hatte sie vor geraumer Zeit eine „Rentnerausgabe“ eingerichtet. Seitdem kommen freitags stets 20 bis 30 Ältere außerhalb der normalen Zeiten, um sich für die Woche zu versorgen. Für die Leiterin ist es nicht nur ein besonderer Service, sondern vor allem „eine Achtung vor dem Alter“.



Lange Schlange vor der Ausgabestelle der Lüneburger Tafel. Ältere schämen sich häufig für ihre Geldsorgen. Foto: A/t&w